



25. Juni 2010

**Redebeitrag des  
Fraktionsvorsitzenden Dieter Lüddecke  
in der Regionsversammlung am 11. Mai 2010**

- Auszug aus dem Wortprotokoll

**Top 12/ II239/2010**

**Weitergewährung von Regionalisierungsmitteln des Landes  
Niedersachsen – Resolution an die Niedersächsische Landesregierung  
Antrag der Gruppe SPD/GRÜNE**

Herr Vorsitzender! Herr Regionspräsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen!

Das ist ein schöner Show-Antrag gegen die Landesregierung, den Sie hier gestellt haben. Er wird durch Ihre Äußerungen nicht richtiger.

Die Begründungen, die Sie gegeben haben, waren sehr emotional. Deswegen will ich versuchen, das auf eine etwa sachlichere Grundlage zurückzuführen.

Die Ausgangssituation ist uns allen bekannt: Im Jahre 2005 hat in der Großen Koalition der damalige Finanzminister Steinbrück, den ich – ich betone das gleich – wegen seiner Kompetenz sehr schätze, eine richtige Entscheidung getroffen. Im Rahmen von Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen war dabei eine Kürzung der Regionalisierungsmittel.

Nun behaupten Sie, dass das durch die gleichzeitige Erhöhung der Mehrwertsteuer von den Ländern kompensiert werden müsste. Das ist nicht der Fall; das ist nur zum Teil richtig. Die Länder haben nicht einen höheren Anteil an der Mehrwertsteuer bekommen, sondern sie partizipieren lediglich an der Erhöhung um 3 % zum gleichen Prozentsatz, wie er bisher üblich war. Das sind Einnahmen, die nicht zweckgebunden sind. Es gibt keinen Beleg, Herr Mönkeberg, dafür, dass das irgendwo vom Bund zweckgebunden eingesetzt wird, sondern über diese Mehrwertsteuererhöhung verfügt die Landesregierung in ihrem Verantwortungsbereich.

Sie wollen hier heute die Regionalisierungsmittel erhöhen, die ausgeschüttet werden. Morgen kommt jemand und sagt: „Wir haben zu wenig Polizeibeamte, wir müssen mehr

Polizeibeamte einstellen.“ Und dann kommt jemand und sagt: „Wir müssen die Hochschulen fördern, da müssen mehr Fördermittel rein.“ Alles das sind Forderungen, die man an eine Landesregierung stellen kann, wenn man dort selbst nicht in der Verantwortung steht.

Meine Damen und Herren, Mehrwertsteuereinnahmen sind nicht zweckgebunden. Jetzt kann man darüber streiten, wie die Landesregierung ihre Mittel einsetzt. Wenn Sie hier einen solchen Show-Antrag stellen – ich betone, es ist ein solcher –, dann ist er darin begründet, dass Sie darin die Landesregierung angreifen wollen. Würden Sie die Verantwortung tragen, dann würden Sie hier ganz anders auftreten.

Zweitens. Wir haben in diesen Tagen eine Steuerschätzung bekommen. Nach dieser Steuerschätzung wird das Land 400 Millionen € weniger einnehmen, als bisher die Voraussage war. Das heißt, die Regionalisierungsmittel werden kreditfinanziert. Das, was Sie hier beantragen, würde die Verschuldung des Landes in der augenblicklichen Situation erhöhen.

Dann behaupten Sie, andere Länder hätten das kompensiert. Auch das ist wieder nur zum Teil richtig. Komplett kompensiert hat das zum Beispiel das Land Berlin, das hoch verschuldet ist. Erstens hat der ÖPNV in Berlin eine noch größere Bedeutung als der bei uns; das ist in einem solchen Ballungsraum auch richtig. Und zweitens ist Berlin eines der höchst verschuldeten Länder. Das heißt, Berlin ist angewiesen auf den Länderfinanzausgleich. Sie wollen also mit Ihrer Forderung im Land Niedersachsen die Regionalisierungsmittel erhöhen, ohne über die Mittel zu verfügen, die notwendig sind, um diese Regionalisierungsmittel erhöhen zu können, und gleichzeitig soll das Land Niedersachsen dies anderen Ländern über den Länderfinanzausgleich zugute kommen lassen. Das ist eine Forderung, die Sie wirklich nur selbst und allein verstehen.

Meine Damen und Herren, aus dem, was Sie hier von Rot-Grün vorgetragen haben, gibt es eigentlich ganz andere Forderungen zu stellen, über die man ernsthaft und seriös diskutieren sollte:

Auch der ÖPNV kann sich den übergeordneten Zielen der Haushaltskonsolidierung auf allen Ebenen – Region, Land und Bund – nicht verschließen. Ich habe ausdrücklich betont, dass der Bund damals richtig gehandelt hat; das wird hier von mir nicht angeprangert. Die SPD, meine Damen und Herren, geht in den Kommunen und im Umland jedoch einen anderen Weg und ist schon weiter als Sie hier in der Regionsversammlung. Es gibt SPD-Bürgermeister und SPD-Fraktionen, die in den Räten des Umlandes in der Tat die Standards im ÖPNV hinterfragen und sagen, hier müsste eine Diskussion um die Standards stattfinden, anstatt mit den Fingern auf andere zu zeigen und zu sagen: „Nun zahlt mal schön. Wir stellen unsere Forderungen, mehr machen wir nicht.“ Das ist keine reale und seriöse Politik.

Meine Damen und Herren, ich möchte mal einen Punkt, den Sie angeführt haben, ansprechen: den Kurvenzug. Weil ich in Burgdorf wohne, weiß ich, dass unsere Einwohner von diesem Kurvenzug partizipieren. Dieser Kurvenzug wird nicht gänzlich gestrichen; er wird lediglich von Samstagabend, 18:00 Uhr, bis Sonntagabend gestrichen. Der Kurvenzug ist zwingend notwendig für den Pendelverkehr der Berufstätigen von montags bis freitags, morgens und nachmittags; er wird auch mittags genutzt, aber er wird

nur ganz wenig genutzt am Sonntag, Frau Schürmer. Sie sollten sich die Zahlen einmal ansehen.

Mein SPD-Bürgermeister, mit dem ich in vielen Fragen normalerweise nicht einer Meinung bin, hat gesagt: „Wenn der Kurvenzug in diesem begrenzten Zeitraum wegfällt“ – das sind am Wochenende 24 Stunden, mehr nicht; das ist er auch nicht ausgelastet -, „dann geht die Welt nicht unter.“

Wir müssen von bestimmten Standards Abstriche machen, weil sie nicht mehr bezahlbar sind. So müssen Sie sich nicht wundern, dass man sich davon abwendet, wenn man meint, man könnte hier mit einem Show-Antrag die Landesregierung an den Pranger stellen. Eine solche Politik machen wir nicht mit. Wir können uns seriös und verantwortungsvoll über den ÖPNV unterhalten. Da wollen wir keine großen Abstriche machen. Aber da, wo es notwendig ist, müssen wir Einsparungen beim Land genauso wie bei uns in Kauf nehmen.

- Danke.